

»Deutschland braucht Drohnen«

Das deutsch-französische Rüstungsprojekt FCAS steht vor dem Aus. Nun heißt es vereinzelt, die BRD benötige gar keinen neuen Kampfjet

Von Jörg Kronauer und Satyajeet Malik

Nein, sie ist immer noch nicht offiziell bekanntgegeben worden: die Entscheidung, ob das deutsch-französische Kampfjetprojekt FCAS (Future Combat Air System) nun weitergeführt werden soll oder nicht. Ursprünglich hatte Bundeskanzler Friedrich Merz im August 2025 mitteilen wollen, ob das mehr als 100 Milliarden Euro teure Vorhaben – ein Kampfjet der modernsten, sechsten Generation, vernetzt mit Drohnen, Drohnenschwärmen und anderen Elementen – trotz jahrelanger Konflikte zwischen den beteiligten Unternehmen fertiggestellt oder eingestampft wird. Dann aber hatten er und Frankreichs Präsident Emmanuel Macron die Entscheidung zunächst auf Ende 2025 verschoben, nur um sie erneut zu vertagen. Zuletzt hatte es geheißen, sie werde endlich am Rande des EU-Gipfels Ende April in Zypern gefällt; doch auch dort blieb sie aus. Seitdem herrscht Schweigen. So viel Verzögerung ist sogar für deutsche Verhältnisse bemerkenswert.

Das FCAS-Projekt wurde 2017 gestartet – nicht lange nach dem ersten Amtsantritt von US-Präsident Donald Trump, als sich klar abzeichnete, dass Washington unter ihm eine ungewöhnlich konfrontative Haltung gegenüber der EU einnehmen würde. Bundeskanzlerin Angela Merkel erklärte damals: »Die Zeit, in der wir uns voll und ganz auf andere verlassen konnten, ist in gewisser Weise vorbei«; sie fügte hinzu: »Wir Europäer müssen unser Schicksal wirklich selbst in die Hand nehmen«. 2017 wurde zu einem wichtigen Jahr für die EU-Militärpolitik. Im September plädierte Frankreichs Präsident Emmanuel Macron in seiner berühmten Rede an der Sorbonne dafür, dass die EU sich künftig auch militärisch formieren müsse. Schon zuvor, im Juli, hatten Merkel und Macron grünes Licht für die Entwicklung einer neuen Generation europäischer Kampfjets gegeben – das FCAS. Es sollte zugleich beitragen, die Rüstungsindustrien Deutschlands und Frankreichs enger zu verzahnen und eine Art rüstungsindustrielle Basis für die EU zu schaffen.

Das Vorhaben war allerdings von Anfang an von Streitigkeiten begleitet: über die Aufteilung der Arbeit, der Technologie und der daraus resultierenden Gewinne zwischen Airbus bzw. den deutschen Werken des Konzerns und der französischen Dassault. Die Integration Spaniens in das Projekt, die im Jahr 2019 auf Druck Deutschlands vollzogen wurde, spitzte die Lage weiter zu, denn es wurde nicht nur der Konzern Indra Sistemas eingebunden, sondern auch die spanische Tochtergesellschaft von Airbus, was das Gewicht von Airbus und damit auch der deutschen Airbus-Werke vergrößerte – und zwar auf Kosten von Dassault. Angesichts der anhaltenden Differenzen brachte Dassault-Chef Éric

Trappier 2021 einen »Plan B« in die Diskussion, wonach sein Konzern den Kampfjet in Eigenregie entwickeln könne – dazu wäre das Unternehmen, das schon die Kampfjets »Mirage« und »Rafale« eigenständig produziert hat, wohl durchaus in der Lage. Weil sich jetzt die deutsche Seite in den Hintergrund gedrängt fühlte – in der Bundesrepublik kursierten im Sommer 2025 Behauptungen, denen zufolge Dassault einen 80-Prozent-Anteil am Gesamtprojekt fordere –, eskalierte der Streit.

Damit begann die Zeit, in der Merz und Macron über die Fortdauer oder einen möglichen Abbruch des Projekts entscheiden mussten. Wer für den Abbruch war, holte nun Argumente aus der Schublade, die zutreffen, aber nur eingeschränkt Gewicht haben: Sie waren schon 2017 bekannt, galten aber allgemein als nachrangig, weil leicht zu entkräften. So legt etwa die Bundesrepublik Wert auf Interoperabilität mit NATO-Strukturen, also mit US-Systemen, während Frankreich stark auf Unabhängigkeit von den USA setzt. Paris braucht ein Flugzeug, das auf dem französischen Flugzeugträger »Charles de Gaulle« starten und landen kann; Berlin braucht das mangels Flugzeugträger nicht. Frankreich benötigt für die »Force de frappe« ein atomwaffentaugliches FCAS; Deutschland benötigt für die sogenannte nukleare Teilhabe einen von den USA zertifizierten Jet. Dass sich all dies gut vereinbaren lässt, belegt die F-35, die es in verschiedenen Varianten gibt.

Was, wenn Merz und Macron irgendwann doch noch eine Entscheidung treffen und das FCAS-Projekt dann platzt? Ein Alleingang der deutschen Airbus-Werke wäre für Deutschland zu kostspielig – auch deshalb, weil Airbus noch nie einen kompletten Jet alleine gebaut hat und sich das nötige Know-how erst aufwendig erarbeiten muss. In Berlin wurde zeitweise ein Beitritt zum Global Combat Air Programme (GCAP) erwogen, das ebenfalls den Bau eines Kampfjets der sechsten Generation vorsieht und von Großbritannien gemeinsam mit Italien und Japan entwickelt wird. Weil das GCAP aber schon weiter gediehen ist, würde Deutschland kaum an der Entwicklung teilhaben können und vorwiegend lokale Montagerechte erhalten. In Betracht gezogen wurde zudem eine Kooperation mit dem Luftfahrt- und Rüstungskonzern Saab aus Schweden, der mit dem »Gripen« gleichfalls eigenständig einen Kampfjet fertigt. Saab arbeitet schon jetzt eng mit deutschen Waffenschmiedern zusammen, etwa bei der Fertigung des Marschflugkörpers »Taurus«.

Inzwischen ist, zumal die Zeit davonläuft, noch eine weitere Variante im Gespräch. Deutschland brauche »kein eigenes Kampfflugzeug«, schrieb Ex-Airbus-Chef Thomas Enders Ende Februar beim *Redaktionsnetzwerk Deutschland*: »Deutschland braucht Drohnen«. Bemannte Kampfflugzeuge seien ohnehin ein Auslaufmodell. Längst werde an unbemannten Jets gearbeitet; das seien die wirklichen Zukunftsprojekte. Das deutsche Drohnen-Startup Helsing habe damit schon experimentiert. Nun, das stimmt genauso wie die Tatsache, dass Enders Mitglied im Helsing-Aufsichtsrat ist, also die eigene Firma bewirbt. Doch der Mann hat eine Mission: Er wirbt allerorten dafür, die deutsche Rüstungsindustrie von den USA unabhängig zu machen. Helsing tut das. Das Unternehmen hat kürzlich den Flugzeugbauer Grob Aircraft erworben, um so die Technologie zu erlangen, die ihm für einen autonomen Kampfjet noch fehlte. »Bei den unbemannten Kampfflugzeugen«, schwärmte Enders im Februar, könne Deutschland »eine Führungsposition in

Europa erringen«. Alleinige Nummer eins statt mit Frankreich geteilte Führung - das ist ganz im Sinne der Regierung in Berlin.

Hintergrund: Einfluss wahren. Deutsch-französischer Panzerbau bei KNDS

Das FCAS ist nicht das einzige Rüstungsprojekt, das Deutschland und Frankreich im Jahr 2017 zu entwickeln beschlossen haben. Sie planten den gemeinsamen Bau eines Seefernaufklärers, die Modernisierung des Kampfhubschraubers »Tiger« und einiges mehr, darunter die Entwicklung eines hochmodernen Kampfpanzers, des Main Ground Combat System (MGCS). Dieses sollte - als »System der Systeme« - verschiedene bemannte und unbemannte Kriegsgeräte in einem Netzwerk verbinden. Die meisten der damaligen Vorhaben wurden inzwischen eingestellt, nicht jedoch das MGCS. An ihm arbeitet der deutsch-französische Konzern KNDS bis heute.

KNDS, bereits 2015 als Zusammenschluss des deutschen Panzerbauers KMW (Krauss-Maffei Wegmann) und seines französischen Äquivalents Nexter gegründet, wird zur Zeit zu 50 Prozent vom französischen Staat und zu 50 Prozent von der Wegmann Holding gehalten, hinter der sich die Eigentümerfamilien Bode und Braunbehrens verbergen. Um die Expansion des Konzerns zu stemmen, die wegen des aktuellen Militarisierungsschubs bevorsteht, soll KNDS nun an die Börse gebracht werden. Geplant wird der Schritt bereits seit geraumer Zeit, angepeilt ist ein Zeitpunkt im Juni oder im Juli, aber nicht später. Denn im Herbst beginnt in Frankreich der Wahlkampf. Das Problem: Die deutsche Regierung verschleppt den Schritt. Klar ist, dass der französische Staat künftig 40 Prozent an KNDS halten will. In Berlin herrscht Uneinigkeit, der Verteidigungsminister plädiert für ebenfalls 40 Prozent (Parität mit Frankreich), die Wirtschaftsministerin und der Kanzler halten 30 Prozent (das ist billiger und gewährt dennoch wichtige Rechte) für ausreichend, andere Personen 25,1 Prozent. Und da die Regierung sich nicht entscheiden kann und alles blockiert, droht KNDS, ohne einen deutschen Staatsanteil an die Börse zu gehen. Der Streit kocht hoch.

Unklar ist freilich, ob der Börsengang während des Wahlkampfs wirklich schaden würde. Denn Jordan Bardella, der voraussichtliche Kandidat des ultrarechten Rassemblement National (RN) und aktueller Favorit, hat vergangene Woche in der *FAZ* erklärt, er sei - anders als Marine Le Pen im vergangenen Jahr - mit der deutsch-französischen Rüstungskooperation sehr einverstanden. Als Beispiel nannte Bardella ausdrücklich »Kampfpanzer«. Allerdings fügte er hinzu, wenn Berlin »ein stärkeres europäisches Engagement Frankreichs« bei Militär und Rüstung wünsche, müsse es französische Rüstungsgüter kaufen - etwa »Rafale« statt F-35. Dassault, Hersteller der »Rafale«, wird zufrieden sein. In der Tageszeitung *Le Figaro*, die Dassault gehört, war schon im Sommer 2025 in einem Leitartikel geäußert worden, Probleme gebe es sehr wohl mit der Linken, kaum aber mit dem RN. Man sollte den Zusammenhang ernst nehmen.

Jörg Kronauer und Satyajeet Malik

<https://www.jungewelt.de/artikel/522863.ruestungsrivalitaet-deutschland-braucht-drohnen.html>